

# **Schulden abbauen und Radwege ausbauen**

## **Hinter den Kulissen bereiten Christdemokraten und Grüne die ersten schwarz-grünen Koalitionen vor - auf Länderebene**

Sie wollen es endlich einmal testen, da geht es den Grünen nicht anders als den Schwarzen: Die einen können nicht länger allein auf einen Koalitionspartner SPD setzen, der zudem offenkundig an Schwindsucht leidet, und die anderen brauchen auf Dauer auch mehr Optionen als nur die große Koalition und das Bündnis mit der FDP. Warum also nicht? Zum Beispiel in Hessen: eine schwarz-grüne oder schwarz-grün-gelbe Landesregierung nach den Wahlen im kommenden Januar? Auch wenn der Grüne Jürgen Trittin das jüngst strikt ausgeschlossen hat, die Voraussetzungen sind gegeben: Roland Koch hat seine Flexibilität bereits mehrfach unter Beweis gestellt. Sein persönliches Interesse ist unübersehbar: Wie anders als mit einem solchen Projekt kann er bundespolitisch wieder interessant werden. Hessen ist - trotz aller Probleme - ein prosperierendes Bundesland mit einem geringen Anteil an klassischer Industrie und einem hohen an Dienstleistungen, Versicherungen, Banken. Das heißt, eine Landesregierung kann Geld in die Hand nehmen, um beispielsweise in erneuerbare Energien und Umweltschutz zu investieren. Ein weiteres: Seit anderthalb Jahren gibt es in Frankfurt eine schwarz-grüne Stadtregierung, mit deren Politik beide Parteien sich sehr zufrieden zeigen. Und: Nach den aktuellen Meinungsumfragen braucht Roland Koch mindestens einen Koalitionspartner; und die Grünen und die FDP sind momentan gleichauf.

Wohin tendieren die Grünen? Bleiben sie im Lager der - im weitesten Sinne - Linken? Also dem Lager, das Staat und öffentliche Infrastruktur modernisieren und nicht privatisieren will, das die ökologische Frage so wichtig nimmt wie die soziale und die beiden nicht gegeneinander ausspielt? So ist es in Italien. Oder wechseln sie hierzulande in das Lager der Bürgerlichen?

Wolfgang Schäuble versucht die Grünen, aus dem Lager der Linken heraus- und zurückzuholen, um so das Lager der Bürgerlichen strukturell zu festigen. Deshalb lockte er die Grünen erst jüngst wieder: »Wenn die Grünen aus ihrer Sicht den bestmöglichen Koalitionspartner suchen, dann kann es nur die Union sein.« Angela Merkel versuchte zwar, die Debatte auszubremsen - mit geringem Erfolg. Der Berliner CDU-Chef Friedbert Pflüger sagte sofort und laut Ja. Die CDU-Ministerpräsidenten Günther Oettinger, Peter Müller und Ole von Beust würden lieber heute als morgen mit den Grünen regieren. Oettingers Prognose: In den Ländern sei eine solche Koalition in den nächsten zwei bis drei Jahren zu erwarten und 2009 sogar im Bund, wenn eine Große Koalition nicht anders zu verhindern sei.

Das macht die momentane Stärke der Grünen aus, die, abgesehen von Bremen, ganz ohne Posten und Macht dastehen: An ihnen kommen die beiden Großparteien, wollen sie etwas anderes als die Große Koalition, nicht vorbei. So hält sich Reinhard Bütikofer, der Vorsitzende der Grünen, nach allen Seiten offen: »Wir verfolgen einen eigenständigen Kurs und schauen dann, wie viel grüne Politik in einer Koalition realisierbar wäre.« Auch Jürgen Trittin, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion, bescheinigt der Kanzlerin vorsorglich auch in Fragen von marktliberaler Wirtschaftspolitik eine hohe Lernfähigkeit. Ein Nein hört sich anders an.

Es eilt, es brennt. Denn die beiden Parteien brauchen eine gelungene Generalprobe auf Landesebene, damit die schwarz-grüne Option auf Bundesebene wenigstens mit einer gewissen Glaubwürdigkeit gespielt werden kann. Bisher gibt es erst kommunale Erfahrungen. Es begann im Februar 2003 mit dem ersten schwarz-grünen Bündnis in Köln; das hielt allerdings nur ein Jahr.

In Nordrhein-Westfalen zählte die Konrad-Adenauer-Stiftung bereits im Jahr 2004 weit mehr als ein Dutzend solcher Koalitionen oder loser Kooperationen; inzwischen gibt es auch welche in Kiel, Tübingen, Frankfurt und anderswo.

Die inhaltlichen Klammern schwarz-grüner Bündnisse sind überall die gleichen: eine tiefe Skepsis gegenüber der öffentlichen Hand; ein Verständnis von Selbsthilfe und Bürgergesellschaft, bei dem es auch darum geht, öffentliche Leistungen durch ehrenamtliche kostenlose Bürgerarbeit zu ersetzen; eine hohe Priorität für den Abbau öffentlicher Schulden; und als Alleinstellungsmerkmal der Grünen: Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Radwege.

Und in Bremen? Dort koalieren die Grünen zwar wieder mit der SPD, aber es bleibt der Eindruck, als sähen sie in dieser Regierung ein Trainingslager für eine schwarz-grüne Regierung: Die Grüne Karoline Linnert will als Finanzsenatorin den Sozialdemokraten mal zeigen, wie man richtig spart. Und Umweltsenator Reinhard Loske ist seit langem ein glühender Befürworter einer schwarz-grünen Zusammenarbeit: »Schwarz-Grün in Bayern, für mich wäre das eine Art Dream-Team.«

So sind die Voraussetzungen für schwarz-grüne Bündnisse besser denn je: Die Grünen, die als linke Partei gestartet und im Kampf gegen den Mainstream der westdeutschen Gesellschaft groß geworden sind, sind nun eine Partei, die sich - zumindest in den eigenen Reihen - der sozialen Frage weitgehend entledigt hat. Relativ hohe Einkommen und Bildungsabschlüsse weisen die Analysen der Wahlforscher aus, nennenswerte Anteile von Beamten, Angestellten und Unternehmern, wenige Arbeiter oder gar Arbeitslose sind in ihren Reihen zu finden. Selbstverständlich werden die sozialen Aspekte ernst genommen, die die bürgerlichen Schichten berühren: Krippenplätze, Modernisierung der Schulen, Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Erziehung. Und selbstverständlich ist soziale Gerechtigkeit für die Klientel der Grünen ein wichtiges Thema; aber ein wichtiger Gegenstand der operativen grünen Politik muss sie deshalb nicht sein.

Auch die CDU hat Ballast über Bord geworfen, ist großstädtischer, weniger katholisch und grüner geworden. Ob Ökologie, Integrationsland Deutschland, Familienpolitik, Respekt vor sexuellen Minderheiten - in dem neuen Grundsatzprogramm der CDU steht nichts, was eine Koalition mit den Grünen erschweren könnte. Und in einer Interpretation dieses Programms legt Thomas Strobl, Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Wert auf die Feststellung, dass die CDU in der Kernenergie nur noch »ganz pragmatisch eine wichtige Brückenfunktion auf dem Weg zu den regenerativen Energieformen« erkenne. Schließlich wundere man sich als Konservativer, der mehr als andere um die Unzulänglichkeit des Menschen wissen müsse, »mit welcher Verve wir uns der Kernenergie angenommen und sie uns uneingeschränkt zu eigen gemacht hatten«. Roland Koch sieht dies zwar öffentlich anders. Dafür unternimmt er in Hessen erste zaghafte Versuche, Abschied vom umstrittenen dreigliedrigen Schulsystem zu nehmen. Auch über Klimaschutz und Ökologie wird von der Union inzwischen wenigstens geredet. Etwa 35 Jahre nach Erhard Eppler und Otto Brenner, dem ehemaligen Vorsitzenden der IG Metall, nehmen sogar höherrangige Funktionäre der CDU, so der parlamentarische Geschäftsführer Norbert Röttgen, im Bundestag das Wort »qualitatives Wachstum« in den Mund.

So ist Friedbert Pflüger optimistisch bezüglich einer schwarz-grünen oder schwarz-grün-gelben Bundesregierung: »Eine solche Koalition stünde auf zwei Säulen: ökologische Verantwortung und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.« Das alte, teilweise noch volkstümliche und kirchennahe Bürgertum, von der CDU repräsentiert, trifft sich also mit dem neuen libertären und ganz gut verdienenden Bürgertum. Mögen sie sich in Habitus und Lebensweise noch so sehr unterscheiden, in Grundüberzeugungen sind sie sich sehr nahe gekommen. Ralf Fücks, einer der Strategen der Grünen, sagt denn auch klar: »Schwarz-Grün steht für eine neue Bürgerlichkeit. Das ist kein Parteiprojekt, sondern etwas, das sich gesellschaftlich bereits entwickelt hat - und in einer Koalition aus CDU und Grünen seinen politischen Ausdruck fände.«